№ 42. Sonnabend, den 18. Februar 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstell Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Präsident Faure †.

Paris, 17. Februar. (Tel.) Präsident Felix Faure ist gestern Abend plötzlich am Gehirnschlag gestorben. Um 7 Uhr fand man ihn in seinem Arbeitszimmer bewußtlos vor. Die herbeigeeilten Aerzte bemühten sich vergeblich. Um 10 Uhr starb Faure.

Der plötzliche Tod des Präsidenten der französischen Republik Felix Faure, den wir unsern Lesern bereits durch ein Extrablatt anzeigten, wird überall eine tiefen Eindruck zurücklassen. Der gänzlich unerwartete Zwischenfall wird insbesondere in Frankreich selbst die dort vorhandene Verwirrung noch erheblich steigern, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Wahl von Faure's Nachfolger die Stellungnahme der Kandidaten zur Revision des Dreyfus-Prozesses von ausschlaggebender Wirkung ist, obgleich vielleicht nirgends ein Staatsoberhaupt weniger Einfluß auf den Gang der inneren Politik besitzt als in Frankreich. Auf diesem Gebiete ist daher auch der verstorbene Faure in den vier Jahren seiner Präsidentschaft wenig in den Vordergrund getreten, und er hat sich lediglich darauf beschränkt, in seiner Person die Republik nach außen hin zu verkörpern, wobei er durch eine größere Ausdehnung der Etikette-Formalitäten das Mißfallen vieler Republikaner erregte. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war es besonders die Kräftigung der sogenannten französisch-russischen Allianz durch seine Zusammenkünfte mit dem Zaren, welche ihm zeitweise zu einer großen Beliebtheit in Frankreich verhalfen. Durch unverkennbares diplomatisches Geschick und mit großem Takt hat es Faure aber trotzdem verstanden, sich mit den übrigen Staaten auf einen verhältnißmäßig freundschaftlichen Fuß zu stellen und drohende Konflikte geschickt zu vermeiden, wobei die französischen Ansprüche allerdings manchmal ermäßigt oder zurückgezogen werden mußten. Alles in Allem genommen würde sich Frankreich beglückwünschen können, wenn der neuzuwählende Präsident seinem Vorgänger gliche.

Ueber den Lebensgang des verstorbenen Präsidenten einige kurze Daten: Felix Faure wurde in Paris am 30. Januar 1841 geboren. Als armer Lehrling in einer Gerberei begann er seine wirthschaftliche Laufbahn und schwang sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einem der bedeutendsten Handelsrheder in Havre empor. Im Jahre 1881 wurde er zuerst in die Deputirtenkammer gewählt. Kurz darauf wurde er Unterstaatssekretär im Ministerium des Handels und der Kolonien, später im Marine- und Kolonialministerium, und hat als solcher in verschiedenen Richtungen recht verdienstvoll gewirkt. Als der Präsident der Republik Casimir-Perier am 15. Januar 1895 plötzlich demissionirte, galt Faure zwar als erfahrener Fachmann in ökonomischen und Eisenbahnfragen, war aber noch von verhältnißmäßig junger parlamentarischer Vergangenheit. Er gehörte der gemäßigten Richtung an, wie sie bisher am Ruder gewesen. Bei der Präsidentenwahl am 17. Januar 1895 wurden im Ganzen 794 Stimmen abgegeben; davon erhielten Brisson 338, Faure 244, Walbeck-Rousseau 184, Cavaignac 6, Meline 4, Dupuy 4 Stimmen. Waldeck-Rousseau verzichtete im zweiten Wahlgange zu Gunsten Felix Faures, welcher sodann mit 430 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde; der sozialistische Kandidat Brisson erhielt 380 Stimmen.

Wir lassen noch folgende nähere Nachrichten über den Todesfall folgen:

Paris, 17. Februar. (Tel.) Die Ursache des Todes des Präsidenten Faure war ein Gehirnschlag infolge Verkalkung der Arterien. Der Präsident wurde gestern Abend um 7 Uhr in seinem Arbeitszimmer plötzlich von einem heftigen Unwohlsein befallen, so daß er von seinem Arbeitssessel herab zur Erde sank. Zu dem anwesenden Sekretär, der ihm sofort Hilfe leistete und ihn auf ein Bett niederlegte, sagte er: „Ich bin verloren, nicht wahr, es ist aus?" Zwei sofort herbeigeholte Professoren bemühten sich vergeblich, den Präsidenten am Leben zu erhalten. Bei seinem Tode waren außer seiner Familie und den behandelnden Aerzten Ministerpräsident Dupuy sowie ein Priester anwesend, welch letzterer ihm vorher die letzte Oelung gegeben hatte. Wie verlautet, soll das Leichenbegängniß Faure's bereits am nächsten Sonntag Vormittag 10 Uhr stattfinden. Am Dienstag soll in Versailles der Kongreß zur Neuwahl eines Präsidenten zusammentreten. Als chancenreichste Kandidaten für den Präsidentenposten werden der Ministerpräsident Dupuy und der Präsident des Senats Loubet genannt. Sämmtliche Blätter widmen dem verstorbenen Präsidenten ehrende Nachrufe und heben als seine hervorragendsten Werke die Schaffung der französisch-russischen Allianz und die Erneuerung des französisch-italienischen Handelsvertrages hervor. Sie stimmen in der Forderung überein, alle aufrichtigen Republikaner sollten jetzt ihre Meinungsverschiedenheiten zurückstellen und die schwebenden streitigen Fragen begraben oder wenigstens bis zur Neuwahl eines Präsidenten vertagen.

Paris, 17. Februar. Zu dem Tode des Präsidenten Faure wird gemeldet: Um 6 Uhr Abends kam der Präsident in seinem Arbeitszimmer an die Thür des anstoßenden Bureaus seines Kabinetdirektors Le Gall und sagte zu diesem: Ich fühle mich unwohl, kommen Sie zu mir. Le Gall eilte sofort auf den Präsidenten, der sich noch sehr gut aufrecht hielt, zu und geleitete ihn, indem er ihn am Arm stützte, zu dem kleinen Sofa in dem Arbeitszimmer des Präsidenten. Faure griff mit der Hand nach dem Kopf und wiederholte, indem er sich die Stirn rieb: Mir ist schlechter. Auf die Frage Le Galls, was er am Sitze des Uebels empfinde, erwiderte der Präsident, der beim vollen Bewußtsein geblieben war. Es ist eine allgemeine Schwäche, mir wird ganz schwindlig. Le Gall ließ sofort den Chef des Militärstabes, General Baillond sowie den Kabinetsunterdirektor herbeirufen und bat letzteren, rasch einen Arzt holen lassen.

Paris, 17. Februar. Eine Note der „Agence Havas" besagt: Präsident Faure ist Abends 10 Uhr infolge eines Schlaganfalles verschieden. Ministerpräsident Dupuy, welcher beim Ableben des Präsidenten zugegen war, theilte den Präsidenten des Senats und der Kammer, sowie den Ministern die Trauernachricht mit und richtete an die Präfekten und Unterpräfekten folgende Depesche: Ich habe Ihnen die traurige Nachricht von dem heute Abend 10 Uhr infolge eines Schlaganfalles erfolgten Ableben des Präsidenten der Republik mitzutheilen. Ich ersuche Sie, alle Vorkehrungen zu treffen, daß die Bevölkerung unverzüglich von dem Trauerfalle, der die Republik getroffen hat, benachrichtigt wird. Die Regierung rechnet auf ihre ganze Wachsamkeit bei dieser schmerzlichen Lage der Dinge.

Vom Reichstage.

34. Sitzung vom 16. Februar.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Novelle zum Invaliditäts-Versicherungsgesetz.

Abg. **Oertel** (Bd. d. Landw.) wendet sich zunächst gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Wurm. Des Weiteren tritt er für die Einführung der Prügelstrafe bei Rohheitsverbrechen ein und bemerkt, ein sehr erheblicher Theil seiner Freunde verhalte sich zwar zur Vorlage nicht ablehnend, habe aber erhebliche Bedenken, die sich nicht auf Einzelheiten richteten, sondern auf den Entwurf im Ganzen. Redner stellt dann als Forderung auf, daß auch Betriebsunternehmer bis 2000 Mk. Einkommen in das Invaliditätsversicherungsgesetz einbezogen, aller Vortheile desselben gesetzlich theilhaftig werden. Er hoffe, daß die Arbeiten der Kommission enden mögen mit einer Vereinfachung, Erleichterung und mit möglichster Schonung des Mittelstandes.

Abg. **Braesicke** (frs. Vp.) empfiehlt eine Zusammenlegung von Alters- und Invalidenrente; für Ostpreußen sei nach seinen Erfahrungen eine Trennung unmöglich. Er stehe durchaus auf dem Boden der Vorlage. Der Nothstand der ostpreußischen Anstalt erkläre sich dadurch, daß für die ostpreußischen ländlichen Arbeiterinnen bis zum vorigen Jahre überhaupt nicht geklebt worden sei. Und vielfach werde auch jetzt noch nicht geklebt.

Abg. **Stoetzel** (Zentr.) bekämpft mit größter Entschiedenheit den Vermögensausgleich, der weiter nichts sei als eine Konfiskation.

Abg. **Lanziger** (bayer. Bauernbd.) plaidirt für Befreiung des landwirthschaftlichen Gewerbes und des Handwerks vom Versicherungszwange.

Abg. Frhr. v. **Stumm** (Rp) bezeichnet den finanziellen Ausgleich als eine Nothwendigkeit, aber auf dem hier vorgeschlagenen Wege sei er unmöglich. Der einzig mögliche Weg sei der, den er schon vor zwei Jahren vorgeschlagen habe, nämlich Landesanstalten. Noch lieber aber würde ihm eine Reichsanstalt sein. Würden die provinziellen Anstalten beibehalten und würden gar noch Rentenstellen geschaffen, dann werde die Sache erst recht komplizirt und kostspielig. Redner plaidirt noch für Wittwen- und Waisen-Versicherung.

Abg. **Lucke** (Bd. d. Landw.) hält es für richtig, daß die Lasten der Wohlfahrtseinrichtungen auf den gesammten Arbeitsertrag des Volkes übernommen werden, also auf die Steuern, aber nicht erst von der Grenze von 3000 Mark an.

Abg. Graf **Bernstorff** (Welfe) wünscht Verallgemeinerung des Versicherungszwanges.

Abg. **Singer** (Soz) vertheidigt seine Partei gegen Angriffe des Abg. v. Stumm wegen ihrer ganzen Stellung zur sozialpolitischen Gesetzgebung. Redner wendet sich dann gegen den Abg. Oertel. Wolle dieser Liebhaber der Prügelstrafe für Minderjährige diese vielleicht auch angewendet wissen für Studenten? Und wenn die Prügelstrafe angewendet werden solle bei Rohheiten, dann gebühre sie vor Allem den Agitatoren des Bundes der Landwirthe. Redner konstatirt weiter, daß der von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlichte Appell in der Löbtauer Affäre ausdrücklich erklärt habe, die Ausschreitungen der Arbeiter hätten Strafe verdient, aber die Strafe sei unverhältnißmäßig hoch. Das Dresdener Urtheil werde zweifellos von dem Volke als Bluturtheil empfunden werden und der sozialdemokratischen Partei nur Vorschub leisten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die Diskussion beendet. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

Auf der Tagesordnung steht sodann die **Interpellation Johannsen** betr. die **Dänenausweisungen**.

Auf Anfrage seitens des Präsidenten, ob der Reichskanzler geneigt sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt

Reichskanzler Fürst **Hohenlohe**: Das Recht der Ausweisung von Ausländern ist Ausfluß des Bundeshoheitsrechts der einzelnen Bundesstaaten, dessen Ausübung nach der Reichsverfassung nicht der Aufsicht des Reiches unterliegt. § 1 der Verfassung kann auf eine Ausweisung von Ausländern nicht bezogen werden. Diese Bestimmungen im § 1 sind 1867 auf Antrag Michaelis in die Verfassung aufgenommen worden. Es war damit nur beabsichtigt, zu verhindern, daß durch Bestimmungen über das Indigenat das Recht der Freizügigkeit eingeschränkt werde. Dagegen richtet sich der Paragraph nicht gegen das Recht, Ausländer auszuweisen. Der Geschäftskreis des Reichskanzlers wird also durch den Gegenstand der Interpellation nicht berührt. Aus diesem Grunde muß ich es ablehnen, die Interpellation zu beantworten. Sollte eine Besprechung der Interpellation erfolgen, so werden die Vertreter der verbündeten Regierungen sich daran nicht betheiligen können (Bravo! rechts)

Abg. **Singer** (Soz.) beantragt Besprechung der Interpellation.

Dieselbe erfolgt.

Abg. **Johannsen** (Däne) begründet die Interpellation. Die dänische Agitation solle die Schuld tragen an den Ausweisungen; in den Vereinen passire nichts Hochverrätherisches. Wer etwas Anderes behauptet, sei ein Lügner. Wie schnell würde ein Hochverrathsprozeß eingeleitet werden, wenn sich Hochverrätherisches ereigne, denn die preußische Regierung verstehe es, auf Grund alter Protokolle bekannte Personen zu beschuldigen.

Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Redner für seine Bemerkungen zur Ordnung.

Abg. **Johannsen** (Däne) bemerkt, daß er der preußischen Regierung nur das Vorgehen gegen den Abg. Hansen zum Vorwurf mache. Aus Stegreifdichtungen leite man die deutschfeindliche Gesinnung der nordschleswigschen Bevölkerung her. Bei den neuerlichen Ausweisungen schienen fremde Einflüsterungen mitzuspielen. Jetzt kämpfe man gegen die Dänen mit Entstellung und Verleumdung. Für die in Nordschleswig geschaffene Unruhe müsse er die Verantwortung denjenigen überlassen, welche die Vertreter der Regierung in jene Gegend gesendet haben. (Beifall.)

Weiterberathung Freitag 1 Uhr; außerdem verschiedene Initiativanträge.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

21. Sitzung vom 16. Februar.

Am Ministertische: Minister Schönstedt und Kommissarien.

Tagesordnung: Erste Lesung des **Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch** und erste Lesung des Entwurfes eines preußischen Gesetzes **über die freiwillige Gerichtsbarkeit.**

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird gemeinsame Besprechung der beiden Vorlagen beschlossen.

Abg. Dr **Krause** (ntl.) spricht dem Reichstage den Dank dafür aus, daß er das große nationale Werk des bürgerlichen Gesetzbuches geschaffen. Mögen auch manche Wünsche unerfüllt geblieben sein, so sei doch eine Grundlage gegeben, auf der weiter gebaut werden könne und die eine Förderung der Rechts- und Verkehrssicherheit erhoffen lasse. (Bravo.) Redner empfiehlt Vorberathung der Vorlagen in einer besonderen 21er Kommission. Hierauf erhebt er Bedenken gegen Einzelheiten des Ausführungsgesetzes und meint weiter, peinlich würde es berühren, wenn ein von den Konservativen vorbereiteter Antrag Beifall fände, wonach die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches um ein Jahr hinausgeschoben werden solle. In allen anderen Einzelstaaten sei alles zur Einführung bereit, und da solle Preußen zurückstehen? Wir wollen stolz sein, so schließt Redner, auf unser bürgerliches Gesetzbuch in dem Bewußtsein, daß eine gesunde Rechtspflege die stärkste Grundlage unseres Staatswesens ist. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. **Weihe** (kons.) ist mit der Kommissionsberathung einverstanden.

Abg. Dr. **Porsch** (Zentr.) meint, die Gründe, welche zur Stellung des konservativen Antrages Busch und Genossen auf Verschiebung der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches auf ein Jahr geführt hätten, seien nicht zu verkennen und verdienten wohl Beachtung.

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.) bringt verschiedene Wünsche seiner Partei zum Ausdruck, so betreffs der Gesindeordnung, betreffs des Güterrechts. Ueber den konservativen Antrag könne man sich erst erklären, wenn die Regierung sich geäußert haben werde. Jedenfalls werde die Regierung sich beeilen müssen, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, um die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches rechtzeitig zu ermöglichen. (Beifall links.)

Abg. **Krause-Waldenburg** (kons.) wünscht eine eingehende Prüfung des konservativen Antrages.

Abg. **Peltasohn** (frs. Vg.) hätte eine gleichmäßige Regulirung der Gebühren der Notare mit denen der Anwälte gewünscht.

Minister **Schönstedt** dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage und bittet, in die Kommission nicht nur Juristen, sondern auch Leute aus dem praktischen Leben zu senden, da voraussichtlich noch eine Reihe weiterer Gesetze dem Hause zugehen und derselben Kommission überwiesen würden. Der Antrag der Konservativen habe ihn, den Minister, überrascht. Wie die Staatsregierung sich dazu stelle, könne er nicht sagen; aber ohne zwingende Gründe werde sie dem Antrage nicht beitreten, und solch zwingende Gründe seien ihr nicht bekannt. (Beifall.)

Auf eine Anregung des Abg. Sattler (ntl.) bemerkt Minister **Schönstedt**, daß man den älteren Richtern so weit als möglich entgegenkommen werde.

Abg. **Schmitz** (Zentr.) wünscht eine einheitliche Regelung des Gebührenwesens.

Abg. **Bröse** (kons.) bittet, den älteren Richtern gegenüber bei der Pensionirung entgegenkommend zu verfahren.

Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlagen gehen an eine besondere 28er Kommission.

Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung und Zentralgenossenschaftskasse.

Deutsches Reich.

Daß **Kabinettsrat v. Lucanus** in nächster Zeit aus seinem Amte ausscheidet, wird in parlamentarischen Kreisen allseitig versichert. Die Anforderungen an sein Amt sollen sich in letzter Zeit derart gesteigert haben, daß Herr v. Lucanus trotz seiner bekannten Gewandtheit sich denselben nicht mehr gewachsen fühlt.

Ueber das **Fernbleiben des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses** von den Beisetzungsfeierlichkeiten des Grafen Caprivi schreiben die „Daily News": „Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses fiel auf durch seine Abwesenheit. Dieser befremdende Mangel an Höflichkeit einem verstorbenen politischen Gegner gegenüber ist bezeichnend für das politische Leben in Deutschland, wo die Verschiedenheit der politischen Anschauung Einfluß auf die persönlichen Beziehungen auszuüben vermag. Daraus erklärt sich auch die große Erbitterung und die soziale Mauer, welche die einzelnen politischen Parteien von einander trennt. Allerdings hat der konservative Präsident bei dieser Gelegen-

heit alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt. Sein Benehmen ist höchstwahrscheinlich beispiellos in der ganzen Geschichte des Parlamentarismus." — Die „Daily News" hätten erwähnen können, daß die linksstehende Presse in objektiver Weise den verstorbenen konservativen Staatsmann geehrt hat, und daß es nur die konservative Partei, welche für sich einen höheren Grad von Anstand in Anspruch zu nehmen pflegt, ist, welche sich nicht gescheut hat, dem Verstorbenen gegenüber die einfachsten Pflichten der Höflichkeit außer Augen zu lassen.

Im Abgeordnetenhause war Dienstag Abend die Kommission für das Lehrer-Relikten-gesetz zur zweiten Sitzung zusammengetreten. In der vorigen Sitzung war von allen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, der Staat möge die entstehenden Mehrausgaben entweder ganz oder doch zum größten Theil übernehmen. Geheimer Rath Germar gab nun am Dienstag die Erklärung ab, daß er dem Finanzminister über die Meinung der Kommission Vortrag gehalten, daß Minister von Miquel indeß außer stande sei, einen höheren Staatszuschuß in Aussicht zu stellen. In der Debatte verharrten die Redner durchweg bei ihrer Ansicht. Die Kommission vertagte sich darauf abermals, ohne daß es zu einer Abstimmung kam.

Der im Abgeordnetenhause eingegangene Gesetzentwurf wegen Ankaufs der Bernsteinwerke der Firma Stantien und Becker in Königsberg i. Ostpr. lautet in der Hauptsache folgendermaßen: § 1. Die Staatsregierung wird ermächtigt, zum Ankauf des der Firma Stantien und Becker oder dem Geheimen Kommerzienrath Becker in Königsberg i. Pr. gehörigen, in den Kreisen Fischhausen und Memel und in der Stadt Königsberg i. Pr. belegenen Grundbesitzes sowie des gesammten unter der genannten Firma in Deutschland betriebenen, auf Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein und auf Handel mit Rohbernstein, Preßbernstein (Ambroid), geschmolzenem Bernstein (Kolophon) und Nebenprodukten gerichteten Geschäfts- und Gewerbeunternehmens eine Summe bis 9 750 000 Mk. zu verwenden § 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der in § 1 genannten Kaufsumme Staatsschuldverschreibungen auszugeben. — Die Begründung der in § 1 vorgesehenen Aufwendung zum Erwerb der daselbst genannten Kaufobjekte ist in der als Anlage beigefügten Denkschrift gegeben. Die Bedingungen, unter denen der Ankauf vollzogen werden soll, ergeben sich aus dem der Denkschrift angeschlossenen Vertrage.

Zur Militärvorlage hebt die „Köln. Volksztg." hervor, es sei über die Präsenzerhöhung in Betreff der Kavallerie und Infanterie noch nicht abgestimmt: „Es ist nicht allein die Höhe der Mehrforderungen, die Bedenken erregt, sondern vor allem die Ungewißheit, was sich daraus weiter entwickelt. Hat doch hier die an sich schon ganz ungenügende Begründung der Vorlage ein sehr verdächtiges „Zunächst". Es ist zu befürchten, ja mit Sicherheit anzunehmen, daß die Erhöhung der Präsenzstärke nur den Keim weiterer Forderungen, den Haken bilden soll, an den die nächste Militärvorlage angehängt werden soll. Es wird schwer sein, für diese Forderungen eine Mehrheit, insbesondere das Zentrum zu gewinnen."

Der Gesammtbestand der deutschen Handelsmarine belief sich für 1898 auf 2523 Segelschiffe mit 575 738 Reg.-Tons und 1171 Dampfschiffe mit 969 800 Reg.-Tons, zusammen auf 3694 Schiffe mit 1 555 538 Netto-Reg.-Tons gegen 4527 Schiffe mit 999 158 Reg.-Tons im Jahre 1873. Deutschland nimmt bezüglich der Handelsdampfschiffe die zweite Stelle unter unter den seefahrttreibenden Nationen ein, unmittelbar nach England, und im Ganzen die dritte Stelle nach England und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Zur Besoldung der Leiter und Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten, und zwar der vom Staat und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden und der vom Staat unterstützten nichtstaatlichen Anstalten, ist dem Abgeordnetenhause ein zweiter Nachtrag zum Normaletat vom 4. Mai 1892 zugegangen. In dem im Jahre 1897 erlassenen ersten Nachtrag war nur die Besoldung der Leiter und Lehrer der höheren staatlichen und vom Staat unterhaltenen Unterrichtsanstalten berücksichtigt worden. Der neue Nachtrag zum Normaletat setzt das Gehalt für die Leiter der vom Staat unterhaltenen oder verwalteten Progymnasien, Realprogymnasien und Realschulen auf 4500 bis 6000 M., wobei das Höchstgehalt nach 15 Dienstjahren durch fünf Alterszulagen von je 300 M. erreicht wird, fest, und für Orte der ersten Servisklasse und mit mehr als 5000 Zivileinwohnern auf 300 M. höher (4800 bis 6300 M.) Für die definitiv angestellten wissenschaftlichen Lehrer beträgt das Gehalt 2700 bis 5100 M., wobei das Maximalgehalt nach 24 Dienstjahren durch 8 Alterszulagen von je 300 M. erreicht wird. Daneben beziehen diese Lehrer, sofern sie für den Unterricht in den oberen Klassen voll befähigt sind, oder sich durch praktische Bewährung besonders auszeichnen, nach 9 Dienstjahren eine feste pensionsfähige Zulage von 300 M., nach 12 Dienstjahren von 600 und 15 Dienstjahren von 900 Mark.

Dem Fleischschaugesetz hat der Bundesrath am Donnerstag seine Zustimmung ertheilt, ebenso der Vorlage einer Fernsprechgebührenordnung.

Für den Tuberkulosekongreß, der in der Pfingstwoche in Berlin stattfindet, sind bereits jetzt zahlreiche Vorträge und Mittheilungen angemeldet worden. Das Organisationskomitee wird demnächst eine sorgfältige Auswahl unter denselben zu treffen haben, da es gilt, den allen Berufsständen und Gesellschaftsklassen angehörenden Kongreßmitgliedern in erster Linie dasjenige autoritativ vorzuführen, was in der Tuberkulosewissenschaft als feststehend und für die Verhütung der Krankheit werthvoll anzusehen ist. Da die nur auf vier Tage bemessene Berathungszeit eine weise Beschränkung bedingt, werden die eigentlichen Vorträge von anerkannten Autoritäten der medizinischen Wissenschaft und der Verwaltungspraxis gehalten werden, während sonstige Mittheilungen in der Diskussion eine geeignete Stelle finden. Für die Abtheilung III, Verhütung der Tuberkulose, hat Professor Rudolf Virchow einen Vortrag über „Tuberkulose in ihren Beziehungen zu den Nahrungsmitteln" zugesagt. Für den Kongreß gehen fortwährend auch Anmeldungen aus dem Ausland ein. Ein Ortskomitee ist in der Bildung begriffen. Den Vorsitz desselben hat Geheimrath Dr. Naumann vom Kultusministerium übernommen.

Pensionirt wurden, wie wir hervorheben wollen, seit 1. Januar cr. in der deutschen Armee: 1 Generalleutnant, 5 Generalmajore, 2 Oberste, 5 Majore, 15 Hauptlaute, 3 Oberleutnants und 17 Leutnants. Summa 48 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 135 000 Mk.

Die Mitglieder des Deutschen Handelstags werden zum 2. März zu einer Plenarversammlung nach Berlin eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Verhandlungen: 3) Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen. Berichterstatter Herr Dr. Ritter (Hamburg). 4) Wasserbauverwaltung in Preußen. Berichterstatter Herr Dr. Weigert (Berlin). 5) Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirthschaftskammern. Berichterstatter Herr Reinicke (Halle). 6) Aenderung des Bankgesetzes.

Zu dem „Bombenschwindel" in Alexandrien wird der „Neuen Fr. Pr." aus Rom gemeldet: Der mit der Untersuchung betraute italienische Konsul erklärt einen Anschlag auf die Person des Kaisers Wilhelm für ausgeschlossen und spricht die Vermutung aus, daß die beim Wirte Pinelli entdeckten Bomben das Werk eines Polizei-Agenten sind, der in derartigen Ränken sich öfters versucht hat. Der Polizei-Agent, gegen den der Konsul die Anklage auf geflissentliche Täuschung der Strafbehörde zu erheben beantragt, hat seine That bald eingestanden.

In Apenrade sprach bei dem Oberpräsidenten v. Köller bei Gelegenheit seiner Anwesenheit daselbst eine Deputation des Mittelschleswigschen Landwirthschaftlichen Vereins vor. Dieselbe ersuchte, indem sie sich auf die Uebereinstimmung vieler Bauern und Bürger bezog, den Oberpräsidenten, etwas milder und duldsamer vorzugehen gegenüber den Nordschleswigschen Landsleuten. Denn die Ausweisungen drohten mit einem Rückgang des landwirthschaftlichen Betriebes. Der Mangel an Dienstboten wird mehr und mehr fühlbar, und anstatt, daß dieselben jetzt aus Nordschleswig ausgewiesen werden, wäre es besser, wenn sie in größerer Zahl zugelassen würden. Herr v. Köller erklärte, er könne nicht anders. Man möge sich ruhig verhalten. Herr v. Köller selbst gab zu, daß die dänischen Arbeiter sehr tüchtig seien und auch gern nach Schleswig gehen. Hofbesitzer Hanssen bemerkte dazu: Es sind schon fixe und nette Dienstboten, und sie wollen auch gern nach Schleswig, fürchten sich aber stets vor den Ausweisungen.

Die jüngsten Meldungen des „Reuterschen Bureau" aus Apia über die Vorgänge auf Samoa erweisen sich keineswegs als zutreffend. Wie die „Nat. Ztg." von zuverlässiger Seite erfährt, ist es zunächst durchaus unbegründet daß der deutsche Konsul dem Oberrichter Chambers mitgetheilt habe, seine Regierung halte seinen Protest gegen dessen Verhalten nicht aufrecht. Vielmehr wird von deutscher Seite nach wie vor betont, daß die deutschen Staatsangehörigen der Rechtsprechung des Oberrichters nicht unterstehen. Jedenfalls ergiebt sich aus allen zuverlässigen Mittheilungen, daß den amerikanischen Oberrichter Chambers das erste Verschulden für die jüngsten Vorgänge trifft, deren Ausgleichung nunmehr der Diplomatie der betheiligten Mächte obliegt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Wien hat am Mittwoch ein ungarischer Kronrat stattgefunden. Dabei vertrat Banffy den Standpunkt der vollsten Unnachgiebigkeit gegen die Opposition, Koloman Szell dagegen eine mildere Richtung; er empfahl einen nochmaligen Appell an die Opposition. Letztere verharrt auf der Bedingung der Preisgebung des Kabinets Banffy und der Neubildung eines Ministeriums, das aus der Fusion der Parteien hervorgehen soll.

Frankreich.

Die neue Liga „Patrie française" soll, wie François Coppee am Mittwoch in einer Versammlung dieser Liga erklärte, schon 80 000 Mitglieder haben. Nachdem sich Coppee über Quesnay de Beaurepaire lobend ausgesprochen, erklärte er, die Liga werde sich vor der Entscheidung des Kassationshofes beugen. Als Coppee dann zur Verherrlichung des Heeres übergeht, erhebt einer der Anwesenden Widerspruch; derselbe wird aus dem Saal entfernt. Am Schlusse seiner Rede erhebt Coppee Einspruch gegen die dem Heere und Frankreich zugefügten Beleidigungen. (Beifall; Rufe: „Es lebe das Heer". „Es lebe Frankreich".) Marcel Dubois verbreitete sich sodann über den Patriotismus.

Im Ministerrath am Donnerstag theilte der Kriegsminister Freycinet mit, daß er seine früheren Instruktionen erneuert habe, in welchen darauf hingewiesen worden war, daß die Offiziere sich jeder Theilnahme an Vereinen politischen Charakters zu enthalten hätten.

Mehrere revisionsfreundliche Blätter behaupten, die Regierung beabsichtige, den Generalprokurator Manau abzusetzen, sobald der Senat das Gesetz, betreffend das Revisionsverfahren, votirt habe. Die Maßregelung Manaus erfolge, weil derselbe entschlossen sei, unbekümmert um die Folgen, die ganze Wahrheit über die Dreyfus-Sache zu sagen. Als Nachfolger sei der frühere Justizminister Senator Gué in ausersehen.

Der Prozeß, den Oberst Picquart wegen Ehrenbeleidigung gegen den „Jour" angestrengt hatte, kam am Mittwoch in Paris wieder vor dem Zuchtpolizeigericht zur Verhandlung. Der „Jour" hatte behauptet, daß der Generalstab eine Momentphotographie aus Karlsruhe besitze, auf welcher Picquart Arm in Arm mit dem früheren deutschen Militärattachee in Paris von Schwarzkoppen dargestellt sei. Die Vertheidiger des „Jour" erhoben den Einwand mangelnder Zuständigkeit. Das Zuchtpolizeigericht erklärte sich für zuständig, doch wurde die Verhandlung vertagt, da die Vertheidiger die Berufung angemeldet hatten.

Das Blatt „Daily Mail" veröffentlicht einen Brief seines Korrespondenten aus Toulon, worin derselbe die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die große Bewegung im Hafen und in den Arsenalen von Toulon lenkt. Der Korrespondent erklärt, die im Hafen befindlichen Kriegsschiffe seien im Begriff, rauchloses Pulver und sonstige Munition einzunehmen. Sämmtliche Kriegsschiffe werden in Gefechtsbereitschaft gesetzt und an den im Bau begriffenen Kriegsschiffen „Indomptable" und „Terrible" werde mit fieberhafter Thätigkeit gearbeitet. Diese beiden Schiffe sollen bereits in einigen Monaten fertig sein. Jeden Tag fänden vor dem Hafen Versuche mit Torpedobooten statt. Französische Marineoffiziere hätten ganz offen von einem bevorstehenden Kriege zwischen England und Frankreich gesprochen.

Spanien.

In der Stadt Bilbao ist es wegen Auflehnung gegen die Thür- und Fenstersteuer zu Unruhen gekommen.

Don Carlos richtete an die karlistischen Cortesmitglieder ein Schreiben, in welchem er denselben verbietet, an den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Amerika theilzunehmen. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Wir bereiten uns vor, das auszuführen, was Gewissen und Patriotismus von uns fordern!"

Zentralamerika.

Ueber ganz Nicaragua ist nach einem New-Yorker Telegramm aus Managua vom Präsidenten Zelaye der Belagerungszustand verhängt worden.

Philippinen.

Nach den Philippinen wird von den Vereinigten Staaten Verstärkung entsandt. Das neunte Infanterie-Regiment hat Befehl erhalten, sich nach San Franzisko zu begeben und zur Abfahrt nach Manila bereit zu halten.

Das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta" geht am Freitag von Manila nach Ilo-Ilo in See.

Provinzielles.

Briesen, 15. Februar. Seit längerer Zeit werden eine Anzahl Familien mit unfläthigen anonymen Briefen belästigt. Nachdem hierin einige Monate Ruhe eingetreten war, sind jetzt die anonymen Briefschreiber oder -Schreiberinnen wieder aufgetaucht. Man glaubt ihnen auf der Spur zu sein und wird die Briefe der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Thäter einreichen.

Gollub, 15. Februar. Die Stadtverordneten setzten den Haushaltsplan für 1899 auf 42 467 Mark fest. Der Gemeindebedarf soll durch Zuschläge zur Staatseinkommensteuer mit 250 pCt., zu der Realsteuer mit 200 pCt. gedeckt werden. Im laufenden Jahre betragen diese 275 bezw. 210 pCt. Zur Betriebssteuer soll, wie im Vorjahre, ein Zuschlag von 100 pCt. erhoben werden. 400 Mark wurden zum Garantiefonds für die Herbeiführung des Anschlusses der Stadt an das allgemeine Fernsprechnetz bereit gestellt. Private haben außerdem 1250 Mark gezeichnet.

Rosenberg, 14. Februar. Die verhängnißvolle Unvorsichtigkeit des vormaligen Inspektors in Nipkau Edler Herr v. Bergen, der sich jetzt in Ungarn aufhält, durch die der zwanzigjährige Kutscher Pischke sein Leben einbüßte, fand vor der hiesigen Strafkammer die gerichtliche Sühne. v. Bergen, der an sein auf dem Wagen liegendes geladenes Gewehr gestoßen hatte, so daß der Schuß losging und dem hinter ihm sitzenden Kutscher in die Seite drang, so daß dieser am nächsten Tage im Krankenhause starb, wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Pr. Stargard, 16. Februar. Bei der gestern an der hiesigen Königl. Präparanden-Anstalt unter dem Vorsitze des Provinzialschulraths Herrn Dr. Kretschmer-Danzig abgehaltenen Entlassungsprüfung bestanden 29 Zöglinge, die nach Ostern in die Seminare zu Marienburg und Löbau eintreten.

Dirschau, 14. Februar. In dem Gebäude des hiesigen Bahnhofspostamtes hat die Postverwaltung eine elektrische Zentrale durch die Berliner Accumulatoren- und Elektrizitätswerke, Aktien-Gesellschaft, herstellen lassen. Außer zur Beleuchtung des Postgebäudes dient die Anlage zum Laden der zur elektrischen Beleuchtung der Bahnpostwagen erforderlichen Sammlerbatterien.

Danzig, 15. Februar. Der Kommandeur unseres Train-Bataillons, Herr Oberstleutnant Rademacher, hat dem Vernehmen nach seinen Abschied nachgesucht und verläßt bereits dieser Tage die hiesige Garnison.

Johannisburg, 15. Februar. In Kosken, Kirchspiels Kumilsko lebt die Losmannswittwe Marie Gemballa, welche laut Taufschein am 23. Januar 1789 geboren, also bereits 110 Jahre alt ist. Diese Frau ist noch so rüstig, daß sie im Oktober 1898 den vier Kilometer weiten Weg nach dem Kirchdorfe und zurück zu Fuß zurückgelegt hat, um eine kleine Unterstützung aus der Kirchenkasse persönlich in Empfang zu nehmen.

Schneidemühl, 16. Februar. Wegen Beleidigung des Propstes Renkawitz in Usch ist gestern vor dem hiesigen Schöffengericht in Schneidemühl der Chefredakteur der „Nationalzeitung" in Berlin, S. Köbner, zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Ursprünglich hatte sich das Schneidemühler Schöffengericht mit Rücksicht auf den Berliner Gerichtsstand des Beklagten für unzuständig erklärt. Das Schneidemühler Landgericht aber hatte sich die Lehre vom fliegenden Gerichtsstand der Presse angeeignet und das Schneidemühler Schöffengericht für zuständig erachtet.

Posen, 15. Februar. In der heutigen Stadtverordnetensitzung machte Herr Oberbürgermeister Witting Mittheilungen zur Niederlegung der Wälle. Danach hat der Magistrat den Auftrag erhalten, in Verbindung mit dem Regierungspräsidenten dem Finanzminister einen Bebauungsplan über die Benutzung des frei werdenden Festungsgeländes einzureichen. Der Finanzminister will wissen, wie viel Gelände als Bauland in Frage kommen wird. — Für ein neues Amtsgerichtsgebäude in Posen sind im Staatshaushaltsetat 850 000 Mk. vorgesehen. Das Gebäude erhält seinen Platz in der Nähe des Justizgefängnisses.

Lissa i. P., 14. Januar. Der Stations-Assistent R. Fleischer wurde gestern Abend auf dem Bahnhof überfahren und getödtet. Der Verunglückte, welcher erst eine Stunde zuvor den Dienst angetreten hatte, war damit beschäftigt, das Rangiren der Güterzüge auf dem Außenbahnhof zu leiten. Dabei wurde er von einer Lokomotive erfaßt.

Lokales.

Thorn, den 17. Februar.

— Personalien. Der Regierungsassessor Grashoff in Schwetz ist zum Landrath ernannt und ihm das Landrathsamt im Kreise Schwetz übertragen worden. Der Regierungsassessor Dr. Schröder aus Köln ist dem Landrath des Kreises Deutsch-Krone zur Hilfeleistung in den landräthlichen Geschäften zugetheilt worden.

Nachdem der Generalkommissionspräsident Beutner in Bromberg seine Entlassung aus dem Staatsdienst zum 1. April d. J. nachgesucht hat, ist der derzeitige Generalkommissionspräsident v. Baumbach-Amönen in Königsberg i. Pr. in gleicher Amtseigenschaft zum selbigen Zeitpunkte nach Bromberg versetzt worden. v. Baumbach ist seit Errichtung der Generalkommission in Königsberg Präsident dieser Behörde und hat sich durch Sachkunde, Umsicht und Geschick das Vertrauen weiter Kreise erworben, weshalb man ihn ungern scheiden sieht. Die besonderen Schwierigkeiten der Stellung als Präsident der Generalkommission in Bromberg erfordern jedoch seine Versetzung dorthin, zumal seine Eigenschaften die Gewähr für eine die dienstlichen Interessen in jeder Hinsicht fördernde Leitung dieser Behörde bieten.

— Von der Reichsbankstelle. Der kaiserl. Bankbuchhalter Blaschke in Thorn ist zum Bankkassirer ernannt und zum 1. März nach Posen versetzt worden.

— Nach den geltenden Bestimmungen sollen in den preußischen Baugewerkschulen nur Schüler Aufnahme finden, die im Besitz der Kenntnisse sind, welche durch den Besuch einer mehrklassigen Volksschule erlangt werden. Diese Vorschrift, welche bisher nicht an allen Anstalten gleichmäßig gehandhabt worden ist, soll künftig überall streng zur Durchführung kommen. Die Direktoren werden daher von jetzt ab alle Schüler, die nicht höhere Unterrichtsanstalten besucht haben, soweit nicht unzweifelhaft feststeht, daß sie die nöthigen Vorkenntnisse besitzen, vor ihrer Aufnahme einer Prüfung unterziehen. Diese Maßnahme ist nothwendig geworden, da sonst nach den vorliegenden Erfahrungen der große in der Baugewerkschule zu behandelnde Lehrstoff nicht in dem bisherigen zweijährigen Kursus bewältigt werden kann. Um den Uebergang zu dem strengeren Aufnahmeverfahren zu erleichtern und

zu verhüten, daß die Zahl der Zurückzuweisenden übermäßig groß wird, ist nöthigenfalls die Einrichtung von besonderen Vorkursen an einigen Anstalten in Aussicht genommen.

— Für die weitere Fortbildung des Feuerlöschwesens hat der Minister des Innern in einer Verfügung vom 28. Dezember allgemeine Gesichtspunkte aufgestellt. Der Minister erkennt an, daß eine allgemeine gesetzliche Regelung nicht angebracht erscheine, vielmehr die weitere Fortbildung und eventuelle Neugestaltung des Feuerlöschwesens am zweckmäßigsten provinziell unter thunlichster Anlehnung an die vorhandenen Einrichtungen durchzuführen sein werde. Soweit nicht an einzelnen größeren Orten ausreichende Berufsfeuerwehren bestehen oder einzurichten sind, sei überall in erster Linie auf die Förderung und Weiterentwickelung der Organisation des freiwilligen Feuerwehrwesens hinzuarbeiten, dessen Wirken und Erfolgen wohlverdiente Anerkennung gebühre und mit dessen Organen die Behörden in steter Fühlung zu bleiben haben. Neben den freiwilligen Feuerwehren kommen die sogenannten Pflichtfeuerwehren als deren Ergänzung und, in Ermangelung derselben, als deren Ersatz in Frage. Die amtliche Anerkennung der freiwilligen Wehr sei davon abhängig zu machen, daß dieselbe ihrem Statut nach bei Feuersgefahr dem Verwalter der Feuerpolizei als ausführendes Organ zur Verfügung steht und diese Bestimmung thatsächlich befolgt, ferner hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit mindestens den an eine Pflichtfeuerwehr zu stellenden Anforderungen genügt, ihr Führer als solcher amtlich bestätigt ist und sie die allgemein vorgeschriebenen Chargenabzeichen und Benennungen der Führer annimmt. Die Bildung einer Pflichtfeuerwehr hat möglichst für jede Ortschaft zu erfolgen. Doch können auch mehrere Ortschaften zu dem Zwecke vereinigt werden. In jeder Provinz soll eine sachgemäße und sachverständige technische Kontrolle und Beaufsichtigung der Feuerwehren hergestellt und den im Feuerwehrdienste Verunglückten oder Beschädigten genügende Entschädigung gewährt werden.

— Gestern Abend $8\frac{1}{2}$ Uhr fand im großen Saal des Schützenhauses eine Versammlung des „Vereins deutscher Katholiken“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Wahl des Vorstandes. 2) Redaktionelle Aenderungen an den Satzungen des Vereins. 3) Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Wahl der Vorsitzenden, welche durch Stimmzettel erfolgte, fiel auf die Herren Stadtrath Kriwes, erster Vorsitzender, und Vikar Deja, zweiter Vorsitzender. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder erfolgte durch Zuruf und fiel auf die Herren Mittelschullehrer Behrendt Schriftführer, Hauptlehrer Schwarz Kassenwart, Stadtverordneter und Fleischermeister Wakarecy, Sekretär Matz und Lehrer Klatt Vergnügungsvorsteher, letzterer zugleich Gesangsdirigent. — Die Satzungen des Vereins wurden nach nochmaliger Durchsprache angenommen und zwei Paragraphen, deren Fassung vorher einige Schwierigkeiten bereitet hatte, festgelegt und aufgenommen, worauf mehrere neue Mitglieder ihren Beitritt durch Namensunterschrift erklärten. — Gleichzeitig wurde die Gründung eines Zweigvereins des „Vereins vom hl. Karl Borromäus zur Verbreitung guter Bücher“ beschlossen, welchem der Verein deutscher Katholiken als korporatives Mitglied beitreten wird und dessen Bibliothek auch seinen Mitgliedern zur Benutzung freistehen soll. Ihren Beitritt zum Borromäus-Verein sagten etwa 30 Herren aus der Versammlung zu. — Zum Schlusse brachte der Vorsitzende ein Hoch auf Papst und Kaiser aus, worauf die Versammelten die Papst- und Kaiserhymne sangen. Die nächste Versammlung wurde auf den 8. März cr., im Lokale des Schützenhauses anberaumt.

— Zum Künstler-Konzert am 1. März. Der bekannte Musikreferent Wilhelm Tappert in Berlin schreibt im „Kleinen Journal“ über das Künstlerpaar Adeline Herms-Sandow und Eugen Sandow Folgendes: „Herr Sandow spielte eine Reihe prächtiger Cellokompositionen und entwickelte angenehmen Ton und ganz bedeutende Fertigkeit und bewährte seinen Ruf als vorzüglicher Cello Virtuose. Seine Gattin, Adeline Herms, eine der beliebtesten und besten unter den jüngeren Konzertsängerinnen, sang einige Lieder von Schubert, Brahms, Schumann, Franz und auch Lieder neuerer Komponisten. Sie beherrscht die Künste des Ausdrucks in höchstem Grade. Sie weiß zu fesseln, zu rühren, aber auch zu scherzen. So hat Berlin sie kennen und hochachten gelernt und sie als Gesangskünstlerin ersten Ranges gehört, dessen mochte wohl das ganze sehr zahlreich erschienene Publikum eingedenk gewesen sein. Rauschender Beifall und zahlreiche Blumenspenden wurden der allseitig beliebten Sängerin zu theil. Ihr Gatte, Herr Eugen Sandow, war in seinen Vorträgen der vollendete Künstler. — Wir wollen hinzufügen, daß der Billetverkauf für das hiesige Konzert in der Schwartz'schen Buchhandlung regen Fortgang zeigt.

— Im Schützenhause werden, wie schon gemeldet, am Sonntag und Montag zwei Spezialitäten-Vorstellungen stattfinden, in welchen auch ein Frl. Liesa auftreten wird, über deren Nummer wir in einer Berliner Zeitung lesen: Die Arbeit des Fräulein Liesa besteht darin, daß sie ein Zweirad besteigt und mit demselben schräg zur Luft hinauf fährt und in freier Luft Wendungen nach rechts und links macht, auch fährt sie in der Luft vor und rückwärts, gerade und schräg herauf und herunter. Nachdem sie alsdann zur Bühne heruntergekommen ist, führt sie sofort das Rad bis zur Rampe des Theaters frei vor. Alles das geschieht bei beleuchtetem Theater, ohne Spiegel, ohne Draht usw. Durch die Drehungen beweist die Künstlerin, daß sie sowie ihr Rad stets frei ist. Der Hintergrund der Bühne ist mit einem schwarzen Sammetvorhang bedeckt, der die Tiefe der Bühne dreimal größer erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist. Fräulein Liesa selbst, die anmuthige Künstlerin, für welche das Gesetz der Schwere nicht vorhanden zu sein scheint, trägt bei ihren Produktionen ein helles Kostüm. Auch ihr Rad ist in heller Farbe gehalten, so daß ihre reizvolle Erscheinung sich von dem dunklen Hintergrunde recht wirkungsvoll abhebt. Mit welchen Mitteln die Illusion erzielt wird, als ob die Dame in freier Luft ihre Radfahrübungen vorführe, das ist Geheimniß.

— Selbstmord. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr erschoß sich der Mellienstraße Nr. 118 wohnhafte 16jährige Laufbursche Sudeck in dem Augenblick, als seine Mutter die Wohnung betrat. S. war zuletzt Laufbursche bei Herrn Kaufmann Doliva, von dem er heute entlassen wurde.

Ein unverbesserlicher Dieb ist der Arbeiter Albert Schleer vom Weinberge. Er stahl gestern Nachmittag 3 Uhr in der Gerstenstraße einen Sack mit Roggen von einem dem Kaufmann Rausch gehörigen Wagen. In der Tuchmacherstraße erwartete ihn ein Komplize mit einem leeren Sack. Der Roggen, zirka zwei Scheffel, wurde getheilt und die beiden wollten mit ihrem Raube eben davon, als der Bestohlene der einen Sack als sein Eigenthum erkannte, sich zur Verfolgung der Diebe aufmachte, welche die Säcke von sich warfen und das Weite suchten. Schleer wurde von dem Posten am Leibitscher Thor gestellt und in die Wachstube gebracht, bis ihn ein herbeigerufener Polizeibeamter in Empfang nahm.

— Temperatur um 8 Uhr Morgens: 5 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 7 Strich.

— Wasserstand der Weichsel 2,50 Meter.

Wasserstand der Weichsel bei Warschau laut telegraphischer Meldung heute 2,67 Meter.

Podgorz, 17. Februar. In der hiesigen evangelischen Schule wird am nächsten Sonntage um dreieinhalb Uhr Nachmittags der Vorsitzende des Thorner Enthaltsamkeitsvereins „Zum Blauen Kreuz“, Herr Konsulats-Sekretär S. Streich über die Arbeit der Rettung von Trinkern und den Erfolgen dieser Arbeit, einen Vortrag halten, zu dem jedermann, Männer und Frauen, freien Zutritt hat.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Leider ist bis jetzt vergeblich auf die in Aussicht gestellte Bekanntmachung des Vorstandes des Thierschutzvereins wegen Abgabe von Nistkästen für Vögel sowie Anweisung zur Befestigung gewartet worden, obgleich dem Vernehmen nach die Nistkästen bereits seit einer Woche angelangt sind. Für dieses Jahr dürfte sich die Sache wohl verspäten, da die Staare in kürzester Zeit eintreffen werden.

Ein Freund des Thierschutzvereins.

Drei Geschäftsleute Thorns hatten in der Ulanenkaserne zu thun. Sie meldeten sich vorschriftsmäßig bei der Wache und betraten daraufhin die Kantine. Bei der Nachfrage nach dem Inhaber derselben wurden dieselben von dem Obersten, den sie im Vorhofe höflichst gegrüßt hatten, in einer Weise angefahren, die den Betreffenden in ihrem bisherigen Leben nicht einmal von einem Ungebildeten geboten worden ist.

Unser Taktgefühl hält uns ab, die gefallenen Ausdrücke, die man bei gebildeten Leuten nicht voraussetzen sollte, wiederzugeben, wir bringen die Sache nur in die Oeffentlichkeit, um unsere Mitbürger zu warnen, in ähnliche Lage zu gerathen. Sm. Br. Sch.

Kleine Chronik.

* Die Verzögerung der Bestätigung des Oberbürgermeisters Kirschner und das Ausbleiben der Bauerlaubniß für die Umwährung des Friedhofes der Märzgefallenen haben auch den Berliner Volkswitz nicht schlafen lassen. Da man im Rathhause schon lange auf die Bestätigung und Bauerlaubniß wartet, so hat man das Rothe Haus in der Königstraße jetzt die „Wartburg“ getauft.

* Ein alter Achtundvierziger, der Tischler Friedrich Schlimmer in Kaiserslautern, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Schlimmer, zu Zweibrücken geboren, diente beim Ausbruch der Revolution in der Pfalz im 9. Infanterie-Regiment in Landau, ging zu den Aufständischen über, wurde in dem Entscheidungsgefecht bei Waghäusel durch einen Säbelhieb über den rechten Arm schwer verwundet, flüchtete in die Schweiz und wurde, als er später, von Heimweh getrieben, zurückkehren wollte, beim Ueberschreiten der Grenze verhaftet. Vor das Militärgericht gestellt, wurde er, weil er in der Revolutionsarmee eine Charge bekleidet hatte, (er war unter dem zur Revolution übergegangenen und später dafür in den Landauer Wallgräben erschossenen Leutnant Graf Fugger Sergeant gewesen), zu 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Nachdem er 9 Jahre 8 Monate verbüßt hatte, wurde er begnadigt. Während seiner Strafzeit zog er sich auch noch 14 Tage Dunkelarrest zu, weil er einem seiner Schicksalsgenossen, der die Haft mit ihm theilte, den Rechsanwalt Zinn, der für irrsinnig erklärt wurde, von der Zwangsjacke, die man ihm angezogen hatte, befreite. Schlimmer, der während der ganzen Dauer seiner Strafhaft Fesseln an den Füßen trug, hatte zeitlebens an den Folgen des Zuchthauses und der ihm darin zu Theil gewordenen Behandlung zu leiden.

* Aus dem Zuchthaus zu Werden wird berichtet, daß der Barbier Albert Ziethen auf eine Eingabe seines Bruders an den Justizminister von der Isolirhaft befreit worden ist. Er wurde zu den freien Arbeiten in der Anstalt herangezogen und ist zur Zeit „Waschmeister“.

* Eine Perronsperre wie in Preußen wird nach dem „Kur. Warszawski“ auch auf sämmtlichen Bahnen Rußlands und Polens eingeführt.

* Zum Attentat des chinesischen Gesandtschafts-Attachees in Paris auf seinen Vorgesetzten wird des Näheren berichtet: Ein ganz junger chinesischer Attachee, der in den Berichten nur als M. Y. N. bezeichnet wird, litt seit einiger Zeit an Verfolgungswahn und beklagte sich namentlich oft darüber, daß er seinem Vorgesetzten, dem Legations-Sekretär Lien Yung, nichts recht machen könne. Man dachte eine Zeitlang daran, den jungen Mann unter ärztliche Aufsicht zu stellen, in letzter Zeit war er aber viel ruhiger geworden. Vorigen Freitag kam M. Y. N. gegen 6 Uhr abends auf die Gesandtschaft, trat in das Bureau Lien Yungs und forderte diesen auf, mit ihm auf den Gang heraus zu kommen. Lien Yung erklärte sich dazu bereit, hatte aber kaum den Fuß über die Schwelle gesetzt, als der Attachee blitzschnell einen Revolver aus der Tasche zog und losdrückte. Der Schuß ging Lien Yung unterhalb des Ohres in den Kopf und streckte ihn tödtlich verwundet zu Boden. Der Mörder feuerte noch zwei Schüsse auf sein Opfer ab, die aber fehl gingen, worauf er die Waffe gegen sich kehrte und sich zwei Kugeln in der Kopf schoß. Als die Diener zur Stelle kamen, war der Sekretär todt, während der Attachee noch athmete und den Revolver krampfhaft festhielt. Ehe der Arzt herbeieilen konnte, war auch M. Y. N todt. Nachdem ein Polizei-Kommissar den Thatbestand kurz aufgenommen hatte, ließ der Gesandte die zwei Leichen je in einen dreifachen Sarg legen und traf Vorsorge, daß dieselben ohne Verzug nach Peking eingeschifft werden.

* Von einem ehelichen Entlassungsschein weiß der Gleiwitzer „Oberschles. Wanderer“ zu erzählen: Die Grubenarbeiter F.'schen Eheleute zu Zaborze sind 20 Jahre lang gemeinsam durchs Leben gegangen, nur mitunter wurde der häusliche Friede durch die beiderseitige Neigung zum Alkohol gestört. Wenn der Schnapsteufel seinen Einzug ins Haus gehalten hatte, da gab es zwischen den Eheleuten Rauferei und großen Skandal. Das gemeinsame Eheleben war dem Manne nun doch überdrüssig geworden, und er gedachte, auf eine leichte Weise sich seiner Frau zu entledigen. Er schrieb einen Entlassungsschein, den er dem Amtsvorstande zur Beglaubigung zusandte. Der Schein hatte folgenden Wortlaut: Entlassungsschein. Die Frau Emilie F. geb. W. hier ist Seit 20 Jahren bei mir in der Arbeit gewesen und hat sich gut gefürrt. Ich gebe Ihr die Volmacht von mir zu gehn wo so wiell bitt die Königl. Poliezei zu Zaborze sie zu Entlasen und ihr ein Dienstbuch zu geben.“ Der wackere Wasserpollake soll nicht wenig erstaunt gewesen sein, als ihm bedeutet wurde, es gehe so leicht nicht an, seine Ehefrau zu entlassen.

* Richter Lynch. Einer von Leesberg im Staat Georgia eingetroffenen Meldung zufolge hat der dortige Pöbel sechs Neger aus dem Gefängniß geholt und gelyncht. Drei der Letzteren waren an der Ermordung einer weißen Frau betheiligt.

* Humor vor Gericht. Ein junger Assessor in Berlin hat als stellvertretender Amtsrichter die Angewohnheit, jedes Mal die Zeugen vorher zu fragen, ob sie mit dem Angeklagten verwandt oder verschwägert seien. Als der Assessor nun vor einiger Zeit die Frage nicht stellte, glaubte ihn sein sehr eifriger Protokollführer daran erinnern zu müssen: „Herr Assessor haben noch nicht wegen verwandt und verschwägert gefragt!“ Ein ironisches Lächeln glitt über des Anderen Gesicht: „Das ist in diesem Falle kaum nöthig, denn Klägerin ist die Stadt Berlin, Beklagte Charlottenburg.“

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt die Ausführungen des „Newyork Herald“ wieder, womit dieser den Plan der direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und Amerika warm begrüßt. Das amerikanische Blatt sagt, die Kabelverbindung erleichtere einen kräftigen Handel zwischen den Völkern, verbinde sie fester in Banden wechselseitiger Interessen und vermehre den Austausch von Nachrichten der Völker, die zu gemeinsamen Gesichtspunkten führen. Die Legung des Ozean-Kabels fördere die Wohlfahrt der Völker wie ein Friedensschluß. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt hinzu: Wir verzeichnen gerade in dem gegenwärtigen Moment diese Aeußerung des einflußreichen Newyorker Blattes mit besonderer Genugthuung als Beweis, daß in den einsichtigeren Kreisen der Vereinigten Staaten dieselben Auffassungen Wurzel schlagen, von welchen die maßgebenden Persönlichkeiten in Deutschland zweifellos erfüllt sind.

Budapest, 17. Februar. (Tel.) Der Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Banffy ist nunmehr Thatsache; man erwartet, daß derselbe heute Abend im liberalen Klub seinen Rücktritt anzeigen werde.

18. Februar.				
	Sonnen-Aufgang	7 Uhr	12	Minuten.
	Sonnen-Untergang	5 „	17	„
	Mond-Aufgang	10 „	21	„
	Mond-Untergang	2 „	49	„

Tageslänge

10 Stund. 5 Minut., Nachtlänge 13 Stund. 55 Minut.

Verantwortlicher Redakteur
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 17. Februar. Fonds: fest.		16. Febr.
Russische Banknoten	216,25	216,30
Warschau 8 Tage	216,00	fehlt
Oesterr. Banknoten	169,60	169,55
Preuß. Konsols 3 pCt.	93,20	93,30
Preuß. Konsols $3\frac{1}{2}$ pCt.	101,40	101,60
Preuß. Konsols $3\frac{1}{2}$ pCt. abg.	101,60	101,50
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	93,20	93,30
Deutsche Reichsanl. $3\frac{1}{2}$ pCt.	101,75	101,90
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II.	90,90	90,70
do. „ $3\frac{1}{2}$ pCt. do.	99,50	99,30
Posener Pfandbriefe $3\frac{1}{2}$ pCt.	99,30	99,20
„ „ 4 pCt.	fehlt	fehlt
Poln. Pfandbriefe $4\frac{1}{2}$ pCt.	100,70	fehlt
Türk. Anl. C.	28,25	28,55
Italien. Rente 4 pCt	95,60	96,10
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	91,90	92,00
Diskonto-Komm.-Anth. excl.	201,70	203,00
Harpener Bergw.-Akt.	183,25	183,75
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127,10	127,50
Thorn. Stadt-Anleihe $3\frac{1}{2}$ pCt.	fehlt	fehlt
Weizen: Loco New-York Okt.	$86\frac{1}{8}$	$85\frac{5}{8}$
Spiritus: Loko m. 50 M. St.	fehlt	fehlt
„ „ „ 70 M. St.	39,10	39,20

Spiritus-Depesche.

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 17. Februar.

Unverändert.

Loco cont. 70er	40,00 Bf.,	38,80 Gd	—,—	bez.
Febr.	40,50 „	38,30 „	—,—	„
März	41,00 „	38,50 „	—,—	„

Amtliche Notirungen der Danziger Börse

vom 16. Februar.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländ. hochbunt und weiß 750 bis 774 Gr. 159–$163\frac{1}{2}$ M., inländ. bunt 747 Gr. 150 M., inländ. roth 772 Gr. 159 M.

Roggen: inländisch grobkörnig 674—734 Gr. 134 bis 139 M.

Gerste: inländ. große 674 Gr. 140 M., transito kleine 621 Gr. 95 M.

Hafer: inländischer 123—127 M.

Alles per Tonne von 1000 Kilogramm.

Kleie per 50 Kilo Weizen- 3,70—3,95 M. bez., Roggen- 4,15—4,20 M.

Zentral-Viehhof in Danzig.

Auftrieb vom 16. Februar.

11 Bullen: Vollfleischige, höchsten Schlachtwerths 28—30 M., mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 25—26 M.; 6 Ochsen: junge fleischige, nicht ausgemästete 24—26 M.; 13 Kühe: ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Kühe und Kalben 24—26 M., mäßig genährte Kühe und Kalben 21—22 M.; 14 Kälber: mittlere Mast- und gute Saugkälber 33—35 M., geringere Saugkälber 28—32 M.; 83 Schafe: ältere Masthammel 22 M.; 181 Schweine: Vollfleischige im Alter bis zu $1\frac{1}{4}$ Jahren 40 M., fleischige 37—39 M., gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber 35 M. pro 100 Pfund lebend Gewicht.

Maria Stuart — abgesagt!

Müller's Elli hat heute ihr Kränzchen. Maria Stuart soll gelesen werden und die Backfischchen haben sich pünktlich eingestellt. Nur Else fehlt noch, aber die kommt immer ein wenig zu spät.

„Wir wollen nur vorerst Kaffee trinken," heißt es, „sie wird schon kommen."

Gesagt, gethan! Die so wichtige Einleitung der Sitzung wird gründlich vorgenommen. Mächtige Kuchenberge verkleinern sich zusehends und die Mutter hat bereits zum zweiten Male die große Kaffeekanne gefüllt hereingebracht und leer wieder hinausbefördert; aber Else ist immer noch nicht da.

„Und wir können doch nicht ohne sie beginnen, denn sie hat die Hauptrolle zu lesen und außerdem ist sie die Einzige von uns, welche Maria Stuart im Theater bereits gesehen hat, sie muß uns alle anleiten," schwirrt es durcheinander. Man ist gerade im Begriff verstimmt zu werden, da ertönt die Glocke im Entree. Eine Anzahl junger Mädchen stürmt hinaus, aber, o weh! nicht die erwartete Freundin wird eingelassen, sondern der Briefträger ist's mit einer Rohrpostkarte. Else sendet eine Entschuldigung. Sie hat so heftige Zahnschmerzen, daß sie nicht zum Kränzchen kommen kann; sondern statt dessen einen Besuch beim Zahnarzt machen muß. Allgemeines Bedauern!

„Ja, die arme Else! Sie hat so furchtbar schlechte Zähne und es sind ihr bereits mehrere davon ausgezogen worden!"

Natürlich ist von Maria Stuart jetzt keine Rede mehr; sondern es wird geschwatzt und da das Thema einmal gegeben ist, so weiß eine jede von Zahnschmerzen zu erzählen, die entweder sie selbst, oder diese und jene gehabt haben.

Nur die blonde Martha betheiligt sich nicht an der Unterhaltung, sie spielt die Rolle der Zuhörerin. Sie weiß keine Schauergeschichten von Zahnschmerzen und Zahnoperationen vorzubringen; denn sie hat tadellose Zähne und dies Faktum, welches bisher ihren Freundinnen nie zum Bewußtsein gekommen ist, wird plötzlich bemerkt.

„Du hast wohl noch nie Zahnschmerzen gehabt?"

„Nein niemals, es muß schrecklich sein!"

„Ja, wie hast Du es nur angefangen, so schöne Zähne zu behalten, was gebrauchst Du denn dafür?" betheiligte sich jetzt auch die Mutter am Gespräch.

„Ich gebrauche allein Kosmin-Mundwasser, damit reinige ich Abends und Morgens Mund und Zähne. Mutter hält streng darauf, daß ich es niemals vergesse, wenn ich auch Abends noch so müde bin, oder selbst wenn ich Morgens verschlafen habe; da giebt es keine Entschuldigung. Uebrigens nehme ich es sehr gern, denn es schmeckt außerordentlich angenehm und erfrischt mich für den ganzen Tag. Unser Hausarzt sagt, es sei der beste Schutz für die Zähne, da es stark desinfizirend ist und den Mund von allen Speiseresten reinigt, die sonst in Fäulniß übergehen würden und eigentlich die einzige Ursache für das Hohlwerden der Zähne sind."

„Bitte, sage uns, wo kaufst Du Kosmin-Mundwasser!"

„Ich möchte es auch gebrauchen!"

„Ist es theuer?"

So stürmten die kleinen Damen auf Martha ein.

„Ihr bekommt es in allen Apotheken, Droguerien und Parfümerien; auch bei den Coiffeuren. Ich zahle für das Flacon nur Mk. 1,50 und reiche mehrere Monate damit!"

Schützenhaus.

Bekanntmachung.

Der auf den 22. d. Mts. anberaumte Termin zum Ausgebot des Lagerraums 10 in dem Lagerschuppen I an der Uferbahn wird hiermit aufgehoben.

Thorn, den 15. Februar 1899.

Der Magistrat.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 19. Februar 1899:

Altstädt. evangl. Kirche.
Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Stachowitz.
Abends 6 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Jacobi.

Neustädt. evangel. Kirche.
Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Nachmittags: kein Gottesdienst.

Evangelische Garnisonkirche.
Vorm. 10½ Uhr: Gottesdienst. Herr Divisionspfarrer Becke.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Herr Divisionspfarrer Becke.

Evangel. luth. Kirche.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Herr Superintendent Rehm.

Mädchenschule in Mocker.
Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer.

Ev. Kirche zu Podgorz.
Vorm. ½10 Uhr: Beichte, 10 Uhr: Gottesdienst, dann Abendmahl. Herr Pfarrer Endemann.

Bethaus zu Nessau.
Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Endemann.

Thorner Marktpreise

am Freitag, den 17. Februar 1899.

Der Markt war mit Allem gut beschickt.

		niedr. Preis		höchst. Preis	
Rindfleisch	Kilo	—	90	1	—
Kalbfleisch	„	—	80	1	20
Schweinefleisch	„	1	10	1	20
Hammelfleisch	„	1	—	—	—
Karpfen	„	1	80	—	—
Aale	„	—	—	—	—
Schleie	„	—	—	—	—
Zander	„	—	80	1	40
Hechte	„	1	20	—	—
Bressen	„	—	60	—	80
Schollen	„	—	—	—	—
Puten	Stück	5	—	7	—
Gänse	„	—	—	—	—
Enten	Paar	5	—	6	—
Hühner, alte	Stück	1	70	2	25
„ junge	Paar	—	—	—	—
Tauben	„	—	75	—	—
Rebhühner	„	—	—	—	—
Hasen	Stück	—	—	—	—
Butter	Kilo	2	—	2	40
Eier	Schock	2	80	2	90
Kartoffeln	Zentner	1	70	1	90
Heu	„	2	—	2	50
Stroh	„	1	70	—	—

Für Börsen- u. Handelsberichte 2c. sowie den Anzeigentheil verantw. E. Wendel-Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.

Hierzu eine Beilage.